



In case of reproduction, please mention source (ITF) · En cas de reproduction, veuillez mentionner la source (ITF) · Nachdruck bei Quellenangabe gestattet (ITF) · Var god ange källan vid eftertryck (ITF)

Nr. 4

April 1972

INHALT

Seite

Neues aus der ITF

Konferenz der ITF-Fachsektion Häfen	51
ITF-Gewerkschaften diskutieren isländische Fischereigrenzen	52
Grönland plant 50-Meilen-Fischereigrenzen	52
Zweite Lateinamerikanische Zivilluftfahrtskonferenz	52
Indonesien: ITF-Seminar für Eisenbahner	53
Nordirland: Regierung und Parlament aufgelöst	53
Internationale Gewerkschaftssolidarität mit spanischen Werftarbeitern	54
USA: Gewerkschaft verweigert Entladung rhodesischer Frachten	54

Gewerkschaften

Skandinavien: Gemeinsame Gewerkschaftsorganisation gebildet	55
Ghana: Ausserordentliche Delegiertenkonferenz der Eisenbahner	55
Grossbritannien: Erstmalige Anwendung der neuen Arbeitsgesetzgebung: Transportarbeitergewerkschaft zu Geldstrafe verurteilt	55
Grossbritannien: Gewerkschaftsbund suspendiert Seeleuteverband	56
Neuseeland: Preis- und Lohnstopp	56
Schweden: Einschränkung des Streikrechts geplant	57
USA: Gewerkschaften ziehen sich von staatlicher Tarifbehörde zurück	57
USA: Gewerkschaften protestieren gegen obligatorische Schlichtung	57
USA: Luftfahrtsgesellschaften müssen Antistreikhilfe reduzieren	58

Aus der Welt der Arbeit

Belgien: 43-Stunden-Woche für Möbeltransporteure: Lohnerhöhung für Taxichauffeure	58
Deutschland: Beträchtliche Tariferhöhung für Seeleute	59
Finnland: Neuer Heuertarifvertrag für Seeleute	59
Grossbritannien: Landesweite Arbeitskonflikte der Eisenbahner: Regierung ordnet 14-tägige Abkühlungsperiode	59
Indien: Neuer Heuertarifvertrag für Schiffsoffiziere	60
Japan: Seeleutestreik	60
Norwegen: Einigung über landesweite Lohnerhöhungsrichtlinien	61
Schweden: Arbeitslosigkeit unter Taxichauffeuren	61
USA: Bodenmechaniker bestreiken ALITALIA	61
USA: Dringlichkeitskommissionen über Eisenbahner-Arbeitskonflikt	62
NMU unterzeichnet neuen Heuertarifvertrag für Atlantikküste	62

KURZMELDUNGEN

PERSONALIEN

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN

Anhang: Mai-Manifest

NEUES AUS DER ITF

INTERNATIONALES

Konferenz der ITF-Fachsektion Häfen

Am 11. und 12. April 1972 fand in Rotterdam eine Vollkonferenz der ITF-Fachsektion Häfen statt, an der 40 Vertreter angeschlossener Verbänden aus 17 Ländern teilnahmen.

Ein grosser Teil der Diskussion war der Formulierung einer gemeinsamen Stellungnahme der Arbeitnehmervvertreter auf der im Juni dieses Jahres stattfindenden Internationalen Arbeitskonferenz gewidmet, deren Tagesordnung einen Sonderpunkt über die sozialen Auswirkungen neuer Umschlagmethoden in der Hafenwirtschaft enthält. Die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Schlussfolgerungen wurden im April 1969 auf einer Dreigliedrigen Technischen Tagung über die Hafendarbeit angenommen und vom Internationalen Arbeitsamt mit der Bitte um Stellungnahme an die Mitgliedsstaaten der IAO weitergeleitet. Die vom Internationalen Arbeitsamt zuhanden der Konferenz erstellten revidierten Schlussfolgerungen wurden von der ITF-Fachsektion einer gründlichen Prüfung unterzogen. Die Sektion formulierte eine Reihe von Vorschlägen über die Form und den Inhalt der nach Ansicht der Arbeitnehmerseite anzunehmenden internationalen Urkunden über diese Frage.

Als nächstes befasste sich die Konferenz mit den zur Zeit gültigen Kollektivverträgen der Hafendarbeiter und nahm in der Form eines internationalen Mustervertrages für die Hafendarbeit eine Reihe von Richtlinien an, die den angeschlossenen Hafendarbeitergewerkschaften beim Abschluss neuer Verträge als Zielsetzung dienen sollen, unter der Voraussetzung, dass die in den Richtlinien enthaltenen Normen als Mindestnormen betrachtet werden und bereits bestehende bessere Bedingungen in keiner Weise beeinträchtigen sollten. Im einzelnen beziehen sich diese Richtlinien auf die normale Arbeitswoche (5 Tage), den normalen Arbeitstag (8 Stunden), die höchstzulässige tägliche Arbeitszeit (10 Stunden), die Zahlung erhöhter Tarife für Arbeit an Samstagen und Sonntagen, die Mindeststärke von Arbeitstrupps für die Abfertigung von Containerschiffen (18 Mann), die Erhebung einer Containerverladegebühr zwecks Bildung gemeinsam verwalteter Sonderfonds, mit dem Ziele der Verbesserung der sozialen Bedingungen aller Hafendarbeiter, die ausschliessliche Handhabung von Containern durch Hafendarbeiter, und die Durchsetzung eines regelmässigen vollzeitigen Beschäftigungsverhältnisses für alle Hafendarbeiter.

Abschliessend bekräftigte die Konferenz einstimmig eine vom Fair-Practices-Ausschuss im Januar dieses Jahres angenommene Entschliessung über Bequemlichkeitsbesatzungen.

ITF-Gewerkschaften diskutieren isländische Fischereigrenzen

Am 27. März fand im ITF-Hauptbüro eine Sitzung von Vertretern der isländischen, britischen und deutschen Fischer statt, um zu dem Plan der isländischen Regierung Stellung zu nehmen, die Fischereigrenze entlang der Küste Islands mit Wirkung vom 1. September 1972 von 12 auf 50 Meilen auszudehnen. Die Teilnehmer an der Sitzung waren: Jon Sigurdsson (Isländischer Seeleute- und Fischerverband), Jack Jones und Dave Shenton (Britischer Transportarbeiterverband) und Fritz Annerl (OeTV, Deutschland). Im Laufe der Diskussion über die geplante 50-Meilen-Fischereigrenze wurde auf die damit verbundene Gefährdung der Beschäftigungsmöglichkeiten der britischen und deutschen Fischer verwiesen, die bisher regelmässig vor der isländischen Küste gefischt haben. Gleichzeitig aber wurde auch das Bestreben Islands anerkannt, einen Beschäftigungszweig zu schützen, der in der Wirtschaft des Landes eine lebenswichtige Rolle spielt.

Am Ende der Diskussion gaben die ITF und die Sitzungsteilnehmer der Ansicht Ausdruck, dass gegenseitige Vereinbarungen zwecks Festlegung der Fischereigrenzen willkürlichen Massnahmen vorzuziehen sind. Ferner wurde beschlossen, dass die Vertreter der Fischer dieser drei Länder am 11. und 12. Mai erneut in Island zusammentreten sollten, um die Suche nach einer allseits annehmbaren Lösung dieses Problems fortzusetzen.

Grönland plant 50-Meilen-Fischereigrenze

Das grönländische Parlament hat einer Erweiterung der grönländischen Fischereigrenze von 12 auf 50 Meilen zugestimmt. Die dänische Regierung wird diesen Plan voraussichtlich mit den übrigen in grönländischen Gewässern fischenden Ländern (Deutschland, Grossbritannien, Island, Norwegen und Portugal) diskutieren.

LATEINAMERIKA

Zweite Lateinamerikanische Zivilluftfahrtskonferenz

Vom 20. bis 24. März fand in Bogota (Kolumbien) die Zweite Lateinamerikanische Zivilluftfahrtskonferenz der ITF statt. An ihr nahmen 42 Delegierte zwanzig angeschlossener Verbände aus 10 Ländern teil. Die wichtigsten Tagesordnungspunkte waren: Arbeitsbedingungen, Löhne und Gesundheitsrisiken, gewerkschaftliche Organisation, internationale Solidarität, Arbeitsbedingungen des Personals multinationaler Unternehmen und Bestrebungen in Richtung einer wirtschaftlichen Integration in Lateinamerika. Wir werden über das Ergebnis dieser Konferenz in der nächsten Nummer der ITF-Nachrichten ausführlicher berichten.

INDONESIEN

ITF-Seminar für Eisenbahner

Vom 7. bis 11. März hielt die ITF in Bandung (Indonesien) ein Eisenbahnerseminar ab, an dem vorwiegend Funktionäre des Malysischen Eisenbahnerverbandes (DBKA) teilnahmen. Zur Diskussion standen u.a. folgende Fragen: die Rolle der Gewerkschaften und des Verkehrs bei der wirtschaftlichen Entwicklung, die indonesische Arbeitsgesetzgebung, Arbeitsprobleme in verstaatlichten Unternehmen, Gewerkschaftsrechte, und die Rolle und Aufgaben der ITF. Es referierten: Vertreter der PBKA, der Geschäftsleitung der indonesischen Eisenbahnen und Kollege Donald U'ren (ITF-Regionalvertreter für Asien).

Besondere Aufmerksamkeit wurde der Erfüllung des IAO-Uebereinkommens Nr. 98 über die Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Kollektivverhandlungen zuteil. Dieses Thema war besonders aktuell, weil die indonesische Regierung bekanntgegeben hatte, dass sie alle öffentlichen Bediensteten des Landes in einer Organisation zusammenzuschliessen beabsichtige. Die Durchführung dieses Planes würde die Bildung von Organisationen zur Folge haben, die in beängstigendem Masse der in Franco-Spanien vorherrschenden vertikalen Gewerkschaftsstruktur gleichen.

NORDIRLAND

Regierung und Parlament aufgelöst

Die britische Regierung hat eine Suspendierung der Regierung und des Parlaments Nordirlands angeordnet und die Verwaltung dieser Provinz selbst übernommen. Der neue Minister für Nordirland, Mr. William Whitelaw, wird nunmehr versuchen, die führenden Persönlichkeiten der streitenden Gruppen an den Verhandlungstisch zu bringen, um eine friedliche Lösung der nordirischen Krise herbeizuführen.

Die ITF begrüsst diese äusserst verspätete Massnahme und hat darauf gedrungen, dass die Inhaftierung politischer Opponenten unverzüglich eingestellt werde, damit echte Fortschritte in Richtung einer Einigung zwischen der protestantischen Mehrheit und der katholischen Minderheit des Landes gemacht werden können. Die ITF bedauert, dass nordirische Gewerkschafter als Protest gegen diese Initiative der britischen Regierung einem Streikaufruf der extremen Vanguard-Bewegung Folge geleistet haben.

SPANIEN

Internationale Gewerkschaftssolidarität mit spanischen Werftarbeitern

Entsetzt und erbittert über die Erschiessung zweier streikender Arbeiter durch die spanische Polizei und über weitere Unterdrückungsmassnahmen der Behörden reagierten die freien Gewerkschaften aller Welt mit scharfen Protesten. In der staatseigenen Bazan-Werft in El Ferrol wurden am 9. März zwei Arbeiter getötet und 36 schwer verletzt, als die Polizei auf Demonstranten, die gegen einen von den staatlich gelenkten Sindicatos abgeschlossenen sogenannten Tarifvertrag protestierten, Feuer eröffnete. Später wurden 20 weitere Arbeiter verhaftet und die Werften geschlossen. Die 4000 Belegschaftsmitglieder der Werft wurden dem Kriegsrecht unterstellt und unter Androhung eines Standgerichts gezwungen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) hat der Internationalen Arbeits-Organisation eine offizielle Beschwerde unterbreitet, und die ITF und der Internationale Metallarbeiterverband beschlossen, in der Woche vom 23. bis 30. März in zahlreichen Häfen und Werften einen Boykott gegen spanische Schiffe durchzuführen.

USA

Gewerkschaft verweigert Entladung rhodesischer Frachten

Am 20. März weigerten sich die im Hafen von Burnside, New Orleans, beschäftigten Mitglieder des der ITF angeschlossenen Hafnarbeiterverbandes ILA, eine aus Rhodesien kommende Ladung Chromerz zu entladen, da die Einfuhr dieser Fracht eine Verletzung der von der UNO angeordneten Sanktionen gegen Rhodesien darstellte. Das Erz wurde jedoch später von nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern entladen. Am 4. April traf ein weiteres Schiff mit Erz aus Rhodesien ein, das unter ähnlichen Umständen abgefertigt wurde. Die UNO hat eine Untersuchung der Verletzung dieses Embargos angeordnet. In der Zwischenzeit hat der äusserst einflussreiche Senatsausschuss für ausländische Beziehungen sich für ein erneutes Verbot gegen die Einfuhr von Chrom ausgesprochen.

Praktisch zur gleichen Zeit leitete die amerikanische Regierung ein gerichtliches Verfahren in die Wege, das zur Verurteilung von zwei Unternehmen führte, die die gegen Rhodesien ergriffenen Sanktionen willkürlich ignoriert hatten.

GEWERKSCHAFTEN

SKANDINAVIEN

Gemeinsame Gewerkschaftsorganisation gebildet

Auf einer kürzlichen Tagung in Oslo einigten sich Vertreter der Gewerkschaftsbewegung Dänemarks, Finnlands, Norwegens und Schwedens im Prinzip auf die Bildung einer gemeinsamen Organisation, mit Hauptsitz in Stockholm, zwecks Behandlung gemeinsamer Probleme. Die Exekutive dieser Organisation soll sich aus je zwei Vertretern der vier skandinavischen Länder zusammensetzen, die aus ihrer Reihe einen Vorsitzenden wählen werden. Mindestens zweimal im Jahr soll eine Generalkonferenz stattfinden, an der je vier Delegierte pro Land teilnehmen. Die Mindestbeiträge werden 10 schwedische Oere pro Mitglied und Jahr betragen, woraus sich, gemessen an der jetzigen Mitgliedschaft, ein jährliches Einkommen von Skr, 500.000 ergibt. Der Isländische Gewerkschaftsbund wird eingeladen werden, dieser neuen Organisation beizutreten.

Die Organisation wird sich unter anderem mit folgenden Fragen befassen: Sicherheit der Beschäftigung und des Verdienstes, Verbesserung der Umwelt, Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Wirtschaft, Formulierung gemeinsamer Stellungnahmen in bezug auf Entwicklungen in der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung, multinationale Unternehmen und internationale Organisationen.

GHANA

Ausserordentliche Delegiertenkonferenz der Eisenbahner

Am 18. und 19. März fand in Sekondi eine Ausserordentliche Delegiertenkonferenz der Ghana Railway and Port Workers' Union statt, auf der neue Statuten angenommen wurden, die den Zweigstellen und sektionalen Gruppen dieser Gewerkschaft grössere Vollmachten einräumen. A. E. Forson wurde einstimmig als Generalsekretär des Verbandes wiedergewählt. Die von der Konferenz angenommenen Entschliessungen beziehen sich auf: Aufstiegsmöglichkeiten, soziale Sicherheit, Altersrenten und die Zahlung von Zulagen als Beitrag zur Wohnungsmiete. In einer Sonderentschliessung dankte die Konferenz der ITF für die dem Verband geleistete Unterstützung während der Schwierigkeiten, in denen er sich aufgrund der Massnahmen der letzten ghanesischen Regierung befand.

GROSSBRITANNIEN

Erstmalige Anwendung der neuen Arbeitsgesetzgebung: Transportarbeitergewerkschaft zu Geldstrafe verurteilt

Die der ITF angeschlossene Britische Transportarbeitergewerkschaft (TGWU) ist aufgrund der Verletzung einer Anordnung des britischen

Arbeitsgerichts zu einer Geldstrafe von £ 55.000 verurteilt worden. Das Arbeitsgericht hatte die im Hafen von Liverpool beschäftigten Arbeiter aufgefordert, die Boykottierung von Lastwagen mit Containern, die ausserhalb des Hafens von anderen Arbeitnehmern gepackt worden waren, einzustellen. Die Hafendarbeiter bestehen darauf, dass alle gemischten Container im Hafen von registrierten Hafendarbeitern gepackt und entleert werden. Im Einklang mit der Politik des Britischen Gewerkschaftsbundes (TUC) gegenüber der neuen Arbeitsgesetzgebung wurde die verklagte Gewerkschaft vor Gericht nicht vorstellig.

Das Gericht erliess eine Interimsverfügung gegen die andauernde Boykottierung der genannten Lastwagen und verurteilte die Gewerkschaft wegen vorsätzlichem Nichterscheinen vor Gericht zu einer Geldstrafe von £ 5.000. Der Boykott der Lastwagen dauerte trotzdem an, sodass der Gewerkschaft eine weitere Strafe von £ 50.000 auferlegt wurde.

Das Gericht stipulierte, dass diese Strasse bis zum 4. Mai gezahlt werden müsse, andernfalls werde es eine Beschlagnahmungsvollmacht erlassen, um die Geldstrafe aus den sequestrierten Mitteln der Gewerkschaft zu zahlen. Seitdem haben zwei weitere Unternehmen die Gewerkschaft verklagt, und es besteht ferner die Gefahr, dass die Gewerkschaft an Unternehmen, die aufgrund gewerkschaftlicher Massnahmen finanzielle Verluste erlitten haben, Schadenersatz zahlen muss.

Gewerkschaftsbund suspendiert Seeleutegewerkschaft

Der Britische Gewerkschaftsbund (TUC) hat die der ITF angeschlossene britische Seeleutegewerkschaft NUS wegen Verletzung der TUC-Politik gegen die neue britische Arbeitsgesetzgebung suspendiert. Der NUS hatte sich unter der neuen Gesetzgebung als Gewerkschaft registriert und zusammen mit der Vereinigung der Reeder beim staatlichen Arbeitsgericht den Erlass einer Genehmigung zur Durchsetzung der obligatorischen gewerkschaftlichen Zugehörigkeit der Arbeitnehmer in der britischen Schifffahrt beantragt. Beide diese Schritte verstossen gegen die offizielle TUC-Politik. Der NUS behauptet, er stelle einen Sonderfall dar, da die obligatorische gewerkschaftliche Zugehörigkeit eine unerlässliche Voraussetzung für sein Weiterbestehen ist, da in der Schifffahrt ein ständiger Arbeitnehmerwechsel zu verzeichnen ist.

Der TUC wird auf seinem Kongress im September dieses Jahres über die Frage der eventuellen Suspendierung des NUS entscheiden.

NEUSEELAND

Preis- und Lohnstopp

Die neuseeländische Regierung hat eine strikte Begrenzung der Löhne, Preise, Dividenden und Gewinne angeordnet, um inflationären Tendenzen Einhalt zu gebieten. Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass die mit den Arbeitgebern vereinbarten Lohnerhöhungen nur mit Zustimmung der staatlichen Behörden in Kraft gesetzt werden können, wobei diese Behörden nur dann ihre Zustimmung geben werden, wenn

der Beweis vorhanden ist, dass die mit der Lohnerhöhung verbundene Produktivitätssteigerung keine Preiserhöhungen zur Folge haben wird. Im Oktober dieses Jahres soll jedoch eine generelle Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten erfolgen. Die Gewerkschaften des Landes haben diese Massnahme der Regierung als einen Angriff auf das Recht auf Kollektivverhandlungen bezeichnet.

SCHWEDEN

Einschränkung des Streikrechts geplant

Die schwedische Regierung beabsichtigt, das Streikrecht der zentralen und lokalen Regierungsbediensteten durch den Erlass einer neuen Gesetzgebung zu beschränken, falls auf dem Kollektivverhandlungswege keine Vereinbarung über freiwillige Begrenzung der Forderungen erzielt werden kann. Als Grund für diesen Schritt führte die Regierung an, dass die Öffentlichkeit ein Recht auf die Aufrechterhaltung wichtiger öffentlicher Dienste hat, sodass Arbeitskonflikte, die öffentliche Interessen gefährden, verhindert werden müssen. Als den öffentlichen Bediensteten im Jahre 1965 das Streikrecht zugesprochen wurde, glaubte man, dass die in diesem Zusammenhang bestehenden Schutzklauseln eine genügend wirksame Garantie gegen öffentliche Streiks boten. Nach Ansicht der Regierung haben die Arbeitskonflikte vom Vorjahre jedoch gezeigt, dass dies nicht der Fall war.

USA

Gewerkschaften ziehen sich von staatlicher Tarifbehörde zurück

Der von der staatlichen Tarifbehörde der USA gefasste Mehrheitsbeschluss, die von der International Longshoremen's and Warehousemen's Union für die an der amerikanischen Westküste beschäftigten Hafentarbeiter ausgehandelte Tarifierhöhung von 26,6% auf 14,9% zu reduzieren, hat vier der fünf Arbeitnehmermitglieder dieser Behörde veranlasst, sich von ihr zurückzuziehen. Seit längerer Zeit herrschte unter den Arbeitnehmermitgliedern grosse Unzufriedenheit mit dem Arbeitsverfahren der Behörde vor. Drei der zurückgetretenen Mitglieder gehören dem Gewerkschaftsbund AFL-CIO an, sie sind die Kollegen Meany, Abel (Stahlarbeiter) und Smith (Maschinisten). Ihnen schloss sich der Kollege Woodcock (Arbeitnehmer der Autoindustrie) an. Kollege Meany, der auch Präsident des AFL-CIO ist, hat ausserdem seinen Sitz in der staatlichen Kommission für Produktivität niedergelegt.

Gewerkschaften protestieren gegen obligatorische Schlichtung

Viele amerikanische Gewerkschaften, insbesondere der Transportarbeiter, führen zur Zeit einen gemeinsamen Protest gegen einen dem Kongress vorliegenden Gesetzesantrag durch, dessen Annahme die obligatorische Schlichtung von Arbeitskonflikten im Transport und Verkehr zur Folge haben würde. Parallel damit würde ein Streikverbot für diese Arbeitnehmerkategorie erlassen werden.

Das geplante Gesetz wird vom Gewerkschaftsbund AFL-CIO als einen Angriff auf das Recht auf freie Kollektivverhandlungen bezeichnet.

Luftfahrtsgesellschaften müssen Antistreikhilfe reduzieren

Die amerikanische Zivilluftfahrtsbehörde hat den wichtigsten amerikanischen Luftlinien befohlen, Beträge, die aus einem gemeinsamen Fonds zwecks Deckung der infolge von Streikmassnahmen entstehenden Einkommensverluste zu zahlen sind, von 50% auf 25% der normalen Betriebskosten der bestreikten Unternehmen zu reduzieren.

AUS DER WELT DER ARBEIT

BELGIEN

43-Stunden-Woche für Möbeltransporteure: Lohnerhöhung für Taxichauffeure

Die vom Belgischen Transportarbeiterverband vor kurzem getroffenen Vereinbarungen für die im Möbeltransportgewerbe und Taxibetrieb beschäftigten Mitglieder sind nunmehr offiziell in Kraft getreten.

Für die Möbeltransporteure gilt somit eine Arbeitswoche von 43 Stunden. Die maximale tägliche Dienstzeit wurde auf 13 Stunden beschränkt (für Arbeitnehmer, die eine 5-Tage-Woche arbeiten) und auf 12 Stunden (für Arbeitnehmer mit einer 5¹/₂-Tage-Woche), sodass sich eine wöchentliche Höchstdienstzeit von 63 Stunden ergibt. Bei internationalen Fahrten gilt anstelle der wöchentlichen Höchstdienstzeit eine Höchstdienstzeit von 152 Stunden über eine Zeitspanne von 15 Tagen, die jedoch drei Ruhetage enthalten muss. Die maximale Lenkzeit beträgt 9 Stunden in einem Zeitraum von 24 Stunden. Die Mindestruhezeiten sind wie folgt: 10 Stunden pro Tag und 2 Ruhetage pro Woche (5-Tage-Woche). Ferner sieht der neue Vertrag einen Mindestgarantielohn pro Tag vor und erhöhte Ueberstundentarife.

Für Taxichauffeure wurden folgende neue Vereinbarungen getroffen: a) für Fahrer, die einen Prozentsatz der Einnahmen erhalten -- 25% der Einnahmen nach Abziehung der Mehrwertsteuer; b) für Fahrer, die einen festen Lohn erhalten -- täglicher Mindestgarantielohn bfr 220; c) für Fahrer, deren Verdienst sich aus einer Kombination aus a) und b) zusammensetzt -- täglicher Mindestgarantielohn von bfr. 220 (für Antwerpen, Brüssel, Ghent, Charleroi und Lüttich betragen die Mindestnormen für b) und c) bfr. 230). Die Ueberstundentarife betragen bfr. 20 pro Stunde für Chauffeure der Gruppe a) und bfr. 35 für die Gruppen b) und c).

DEUTSCHLAND

Beträchtliche Tarifierhöhung für Seeleute

Die der ITF angeschlossene deutsche Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (OeTV) hat nach einem 36-stündigen Warnstreik, und infolge ihrer Entschlossenheit, falls notwendig weitere Kampfmassnahmen zu ergreifen, eine wesentliche bessere Tarifierhöhung für die ihr angeschlossenen Seeleute durchgesetzt, als der Vorschlag der offiziellen Schlichtungsinstanz vorsah. Die ab 1. März bis 31. Dezember 1972 zu zahlenden Erhöhungen variieren von 4% bis 11,7%, wobei die niedrigen Tarifgruppen die grösseren Erhöhungen erhalten. Gleichzeitig gilt jedoch eine Mindesterhöhung von DM 60,-- für Patentinhaber und gelernte Vollgrade; DM 30,-- für ungelernete Vollgrade und DM 20,-- für Junggrade. Ferner wurde vereinbart, sobald wie möglich eine Seemannsrente einzuführen. Besatzungsmitglieder im Mehrzweckinsatz erhalten einen Heuerzuschlag von 15%. Wir gratulieren der OeTV zu diesem Erfolg.

FINNLAND

Neuer Heuertarifvertrag für Seeleute

Die der ITF angeschlossene Finnische Seeleutegewerkschaft hat einen neuen Heuervertrag für die im Auslandsverkehr beschäftigten Seeleute abgeschlossen. Der neue Vertrag gilt für ein Jahr und trat am 1. April 1972 in Kraft. Obwohl sich die zugesprochenen Erhöhungen der Heuern im allgemeinen auf einen für alle Dienstgrade vereinbarten Mustervertrag stützen, wurden im Falle der Seeleute besondere Umstände berücksichtigt. Die Grundheuern erhöhen sich um 7,65% bis 14,25%. Ferner wurden Verbesserungen der Arbeitszeit und der Arbeitsschutzvorschriften durchgesetzt. Der jährliche Urlaubsanspruch erhöht sich um 10%. Dies ist nach Ansicht der Gewerkschaft einer durchschnittlichen Erhöhung der Heuern um 13% gleichbedeutend.

Ueber die für Offiziersdienstgrade und Kapitäne getroffene Vereinbarung, die erst nach Androhung eines Streiks erzielt werden konnte, werden wir in der nächsten Nummer der ITF-Nachrichten berichten.

GROSSBRITANNIEN

Landesweite Arbeitskonflikte der Eisenbahner: Regierung ordnet 14-tägige Abkühlungsperiode an

Die drei der ITF angeschlossenen britischen Eisenbahnverbände (NUR, ASLEF, TSSA) haben ein "letztes" Angebot der britischen Eisenbahnverwaltung auf Erhöhung der Löhne um 11% und auch ein 12%iges Lohnangebot des staatlichen Schlichters abgelehnt. Am 17. April begann daher im gesamten britischen Eisenbahnbetrieb eine strikte "Arbeit nach Vorschrift". Die Gewerkschaften weigerten sich ferner, ihre Forderungen einer Schiedsinstanz zu unterbreiten,

da sie der Ansicht sind, dass die von Sprechern der Regierung abgegebenen Erklärungen es einer solchen Instanz nicht gestatten würden, unparteiisch zu urteilen. Die von der Gewerkschaft getroffenen Massnahmen verursachten eine derartig grosse Störung des Eisenbahnbetriebes, dass das staatliche Arbeitsgericht dem Antrag der Regierung auf Anordnung einer 14-tägigen Abkühlungsperiode stattgab. Im Sinne der vom britischen Gewerkschaftsbund TUC beschlossenen Politik erschienen die Vertreter der drei Eisenbahnverbände nicht vor Gericht, aber leisteten der Aufforderung, die "normale" Arbeit wiederaufzunehmen, Folge. Ueber den weiteren Verlauf dieses Konfliktes werden wir in unserer nächsten Nummer der ITF-Nachrichten berichten.

INDIEN

Neuer Heuertarifvertrag für Schiffsoffiziere

Die der ITF angeschlossene Maritime Union of India hat für die auf indischen Ueberseeschiffen beschäftigten Offiziere einen Heuertarifvertrag abgeschlossen, der rückwirkend ab 1. Januar 1972 gilt und eine Erhöhung der Heuern um über 45% vorsieht. Die neue Anfangsheuer für Kapitäne beträgt IR 1.975 und die für Hauptmaschinisten IR 1.875. Die Höchstheuer der Hauptmaschinisten (nach einer Dienstzeit von 14 Jahren) ist IR 3.385. Ferner sieht der Vertrag folgende Verbesserungen vor: Zahlung von Zulagen bei Unterbemanning; 4 Monate Urlaub nach 8 Monaten Dienst (gestützt auf eine 44-Stunden-Woche) oder Bargeldentschädigung in Höhe von 8 Tagesheuern pro Monat für Kapitäne, Hauptmaschinisten, Funkoffiziere und Zahlmeister, 10 Tagesheuern pro Monat für Erste Offiziere und Zweite Maschinisten, und 12 Tagesheuern pro Monat für die übrigen Offiziersdienstgrade.

Die Verhandlung über den neuen Heuertarifvertrag für die in der indischen Küstenschifffahrt beschäftigten Offiziere dauern an.

JAPAN

Seeleutestreik

Nachdem über 90% der 80.000 Mitglieder des der ITF angeschlossenen All-Japanischen Seeleuteverbandes sich im Rahmen einer Urabstimmung für die Ergreifung von Streikmassnahmen in Unterstützung ihrer Lohnforderungen ausgesprochen hatten, begannen die Seeleute am 14. April die Nacharbeit auf Ueberseeschiffen und Oeltankern im Hafen zu verweigern. Am 15. April traten die in der Küstenschifffahrt beschäftigten Seeleute dem Streik bei und am 18. April wurde auf Anordnung der Gewerkschaft das Auslaufen von Ueberseeschiffen und Oeltankern aus etwa 50 Häfen des Landes verhindert. Diese Streikaktion soll bis zum 5. Mai andauern. Die ITF hat die ihr angeschlossenen Seeleuteverbände ersucht, ihre Solidarität mit ihren japanischen Kollegen zu bekunden.

NORWEGEN

Einigung über landesweite Lohnerhöhungsrichtlinien

Nach einer mehrtägigen Schlichtung hat sich der norwegische Gewerkschaftsbund LO am 9. April mit der Arbeitgeber-Föderation auf allgemeine Richtlinien geeinigt, die in bezug auf die in den Jahren 1972 und 1973 zu gewährenden Lohnerhöhungen gelten sollen. Dadurch konnte ein auf den 10. April angekündigter Streik von 140.000 Arbeitern vermieden werden. Die genannten Richtlinien sehen eine Erhöhung der Löhne um insgesamt 5,6% in folgender Form vor: Erhöhung der Stundenlöhne um 35 Oere für das Jahr 1972, um 20 Oere für das Jahr 1973 und Sondererhöhungen für die niedrigeren Lohnkategorien um bis zu 45 Oere pro Stunde im Jahre 1972.

Ferner wurde beschlossen, die im Krankheitsfalle geltende Wartezeit (bevor die volle Krankenversicherung gezahlt wird) von 6 Tagen auf 3 Tage zu reduzieren und, wenn möglich, auf einen Tag ab Januar 1974. Der Gewerkschaftsbund hat die Regierung aufgefordert, den Wert der vereinbarten Lohnerhöhungen durch eine strikte Preiskontrolle sicherzustellen.

Die einzelnen Gewerkschaften werden nunmehr unter Bezug auf diese Richtlinien direkte Verhandlungen mit den Arbeitgebern aufnehmen. Der Norwegische Transportarbeiterverband hat erklärt, dass diese Erhöhungen keine genügende Entschädigung für den Lebenshaltungskostenanstieg darstellen und die für niedrigere Lohngruppen im Transport und Verkehr vorgeschlagene Erhöhung (30 Oere pro Stunde) als unbefriedigend bezeichnet.

SCHWEDEN

Arbeitslosigkeit unter Taxichauffeuren

Die in Stockholm und anderen schwedischen Städten beschäftigten Taxichauffeure sind über die Zahl der in letzter Zeit vorgenommenen Entlassungen äusserst besorgt. Die Arbeitgeber behaupten, trotz der Erhöhung der Fahrpreise um 12% nicht länger in der Lage zu sein, so viele Fahrer bei Zahlung der im letzten Tarifvertrag erhöhten Löhne zu beschäftigen. Dieser Tarifvertrag sah vor, dass zwei Drittel (anstatt bisher ein Drittel) des Verdienstes der Taxichauffeure in der Form eines festen Gehalts sein sollte und der Rest in der Form eines Prozentsatzes der Einnahmen.

USA

Bodenmechaniker bestreiken ALITALIA

Die der ITF angeschlossene International Association of Machinists (IAM) begann am 4. März einen Streik gegen die italienische Luftlinie ALITALIA, die sich geweigert hat, neue Verträge für ihre in den USA stationierten Bodenmechaniker abzuschliessen. Die ITF hat die ihr angeschlossenen Gewerkschaften des Zivilluftfahrtspersonals aufgefordert, durch die Ergreifung geeigneter Solidaritätsmassnahmen den grösstmöglichen Druck auf die ALITALIA auszuüben.

Präsident Nixon setzt zwei Dringlichkeitskommissionen über Arbeitskonflikt der Eisenbahner ein

Zwei der ITF angeschlossene amerikanische Eisenbahnergewerkschaften haben gegen die Einsetzung zweier Dringlichkeitskommissionen durch Präsident Nixon Einspruch erhoben. Diese beiden Kommissionen haben die Aufgabe, Arbeitskonflikte, in denen sich die beiden Gewerkschaften befinden, zu untersuchen. Dies bedeutet, dass die Gewerkschaften während der 60 Tage ab 31. März dieses Jahres keinerlei Streikmassnahmen in Unterstützung ihrer Forderungen ergreifen dürfen.

Die Gewerkschaft der Blecharbeiter unterbreitete den verschiedenen amerikanischen Eisenbahnunternehmen ihre Forderungen erstmalig vor 16 Monaten. Seitdem haben mehrere Verhandlungsrunden und Schlichtungsversuche stattgefunden, ohne dass irgendwelche Fortschritte erzielt wurden. Der Gewerkschaft stand es somit ab 1. April dieses Jahres frei, in den Streik zu treten. Sie hat jedoch keinerlei Streikdrohungen gemacht, und dies ist der Grund für ihren Protest gegen den Einsatz der genannten Kommission.

Die zweite Gewerkschaft (United Transportation Union) befindet sich in einem Arbeitskonflikt mit Penn Central Railroad, die eine drastische Reduzierung der Fahrpläne und des Personals vorzunehmen beabsichtigt. Als die Gesellschaft Mitte März bekanntgab, dass sie rund 6.000 Bremser und Schaffner ab 1. April zu entlassen beabsichtige, drohte die Gewerkschaft mit Streikmassnahmen. Daraufhin wurden die Kündigungen zurückgezogen, und die Gewerkschaft ist überzeugt, dass es möglich gewesen wäre, auf dem Verhandlungswege zu einer annehmbaren Einigung zu gelangen, sodass die Ernennung einer Dringlichkeitskommission überflüssig war. Die Eisenbahngesellschaft befindet sich in grossen finanziellen Schwierigkeiten, die nach Ansicht der Gewerkschaft auf eine schlechte Geschäftsführung zurückzuführen sind. Aus diesem Grunde hat die Gewerkschaft empfohlen, dass das Unternehmen verstaatlicht werden sollte.

NMU unterzeichnet neuen Heuertarifvertrag für Atlantikküste

Die der ITF angeschlossene amerikanische Seeleutegewerkschaft NMU hat einen neuen Heuertarifvertrag für die Mannschaftsdienstgrade auf Tank- und Trockenladungsschiffen unterzeichnet, die von den Häfen der Atlantikküste auslaufen. Der neue Vertrag tritt am 15. Juni (dem Ablauftermin des zur Zeit gültigen Vertrages) in Kraft und sieht folgende Verbesserungen vor: Erhöhung der Heuern und Ueberstundentarife um insgesamt 15% über 3 Jahre (5% pro Jahr). Die jetzige Heuer eines Vollmatrosen beträgt \$ 529 pro Monat und der Ueberstundentarif (zahlbar für Arbeit über 8 Stunden pro Tag oder über 5 Tage pro Woche) \$ 4,27 pro Stunde.

Ferner wurden der Urlaub, das Urlaubsgeld und die Rentenbedingungen verbessert. Alle Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 1972 eine Dienstzeit von 20 oder mehr Jahren abgeleistet haben, können jederzeit bei Zahlung einer Rente in Höhe von \$ 250 pro Monat in den Ruhestand treten. Für Arbeitnehmer mit einer niedrigeren Dienstzeit gilt ein Mindestrücktrittsalter von 55 Jahren bei Zahlung entsprechend reduzierter Renten.

KURZMELDUNGEN

Der Internationale Ausschuss der für die Organisation des Eisenbahn-Schlafwagenpersonals (der Wagons-Lits Company) zuständigen Gewerkschaften befürchtet, dass ein kürzlich getroffenes Zusammenarbeitsabkommen der europäischen Eisenbahngesellschaften die Beschäftigungsmöglichkeiten des Schlafwagenpersonals beeinträchtigen könnte. In diesem Zusammenhang führte das französische Schlafwagenpersonal am 10. März einen 24-stündigen Proteststreik durch.

Belgien: Die belgische Regierung hat angeordnet, dass die an Deckoffiziere und Lotsen zu zahlenden Renten sich künftig auf den Grundlohn und die jeweils zahlbaren Zulagen stützen sollten, anstatt wie bisher nur auf den Grundlohn.

Die im Dienste der BEA beschäftigten Piloten arbeiten zur Zeit nach Vorschrift, weil die Verhandlungen über ihre Forderungen auf Verbesserung der Gehälter und Arbeitsbedingungen noch immer nicht abgeschlossen worden sind. Das erste Stadium dieser Protestkampagne begann Anfang April, das zweite (verschärfte) Stadium am 15. April. Die BEA hat inzwischen mit Entlassungen gedroht. Ein Pilot, der sich weigerte zu fliegen, weil er dadurch die höchstzulässige Flugdienstzeit überschreiten würde, ist degradiert worden.

Die im Hafen von Tripolis (Libyen) beschäftigten Arbeiter haben nach einem 4-tägigen Streik eine Erhöhung ihrer Löhne um 10% durchgesetzt. Dies war der erste Streik unter dem neuen Militärregime.

Die im Dienste der israelischen Luftfahrtsgesellschaft El Al stehenden Wartungsmechaniker veranstalteten am 10. April in Unterstützung ihrer Lohnforderungen einen inoffiziellen Streik. Als sie unter Verweis auf Dringlichkeitsvorschriften aufgefordert wurden, die Arbeit wieder aufzunehmen, begannen die übrigen Kategorien des Bodenpersonals einen Sympathiestreik, während die Mechaniker zur Arbeit zurückkehrten, aber strikt nach Vorschrift arbeiteten. Der Arbeitskonflikt endete am 13. April, nachdem die israelische Regierung der El Al befohlen hatte, den Betrieb einzustellen.

Der Flugbetrieb der ALITALIA wurde in der ersten Aprilhälfte durch mehrere Blitzstreiks verschiedener Kategorien des Bodenpersonals stark beeinträchtigt. Ein weiterer Streik (von 24 Stunden) fand am 20. April statt.

PERSONALIEN

Otto Brenner, langjähriger Erster Vorsitzender der IG Metall, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes und Präsident des Internationalen Metallarbeiterverbandes, ist am 15. April im Alter von 64 Jahren gestorben. Er war einer der ersten, die sich nach 1945 für den Aufbau einer freien demokratischen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland einsetzten.

Olaf Karling, Vorsitzender des Norwegischen Seeleuteverbandes ist am 26. März nach Erreichen seines 65. Geburtstages in den Ruhestand getreten. Er kann auf eine lange und erfolgreiche gewerkschaftliche Laufbahn zurückblicken. Bereits im Jahre 1925 trat er der Gewerkschaft des Schiffsverpflegungspersonals bei, 8 Jahre später spielte er eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen, die zum Zusammenschluss mehrerer Organisationen zu einer Grossgewerkschaft, dem Norwegischen Seeleuteverband führten. Im Jahre 1937 übernahm er seine erste hauptamtliche Position als Vertreter der norwegischen Seeleute in Antwerpen. Im Jahre 1950 übersiedelte er in das Osloer Hauptbüro als Zentralsekretär und im Jahre 1966 erfolgte seine Wahl zum Vorsitzenden. Kollege Karling war ferner ein Mitglied des ITF-Vorstandes. Wir wünschen ihm im Namen aller seiner Freunde und Kollegen in der ITF einen langen und glücklichen Ruhestand. Zu seinem Nachfolger wurde Kollege Henrik Aasarød bestimmt.

Heribert Maier, Leiter der IBFG-Abteilung für Wirtschaft, soziale Fragen und Politik, ist vom IBFG-Vorstand zum Stellvertretenden Generalsekretär des IBFG ernannt worden.

BEVORSTEHENDE TAGUNGEN:

- | | |
|---|---|
| ITF-Vorstand | - Valletta, 3.-5. Mai 1972 |
| Unterausschuss über die Sicherheit der Fischer und Fischereifahrzeuge | - Oslo, 19.-20. Juni 1972 |
| Asiatische Zivilluftfahrtskonferenz der ITF | - Tokio, August 1972
(Datum noch nicht bestimmt) |

WEITERE AUSKUNFTE UEBER DIE
IN DIESER NUMMER ENTHALTENEN
MITTEILUNGEN SIND VOM SEKRE-
TARIAT AUF ANFRAGE ERHAELTLICH.

MAIBOTSCHAFT DES IBFG

1972

Werkstätige der Welt!

Zu diesem Mai-Feiertag ruft Euch der Internationale Bund Freier Gewerkschaften auf, Euch erneut dem Kampf für das Recht und die Würde der schaffenden Menschen zu weihen. In diesem Kampf müssen wir alle zusammenstehen und über die Landesgrenzen hinaus unsere Kräfte vereinen, um den Schwachen und Unterdrückten zu helfen.

Unsere Gegner sind nicht durch nationale Grenzen gebunden - darum müssen auch wir ihnen international mit unseren Idealen und unserer Solidarität entgegentreten. Wir verwerfen Verhaltensnormen, die auf Eigennutz, Habgier und Ausbeutung beruhen. Für uns gilt nicht das Motto: Jeder ist sich selbst der Nächste. Immer deutlicher zeigt auch unsere Jugend, wo sie steht: Die jungen Menschen kämpfen mit uns für eine neue Gesellschaft, in der wir uns alle zuhause fühlen können - eine Gesellschaft, in der es auf Gerechtigkeit, Brüderlichkeit und soziale Werte ankommt, nicht auf Luxus, Wohlstand und Privilegien, in der keine autokratische Bürokratie herrscht. Die Kräfte des Kapitalismus sind stark; die des Staatskapitalismus noch stärker; wir sind entschlossen, sie Schritt für Schritt zurückzudrängen, bis wir für die Arbeitnehmer das Recht errungen haben, eine neue und bessere Welt aufzubauen.

An diesem Mai-Feiertag bekennen wir uns zu unserem Ziel der industriellen Demokratie, zu dem Recht der schaffenden Menschen, Entscheidungen mitzugestalten, die unmittelbar in ihr Leben eingreifen. Zu diesem Ziel führen viele Wege mit zahllosen Hindernissen, die Gewerkschaften aber sind entschlossen, die industrielle Demokratie zu verwirklichen: sie fordern Mitsprache auf Unternehmens-, auf Staats- und auf Weltenebene. An Euch liegt es, diesen Forderungen Geltung zu verschaffen.

Wir sehen uns anderen gewaltigen Herausforderungen gegenübergestellt: politische Unterdrückung und Diktatur, Missachtung von Menschen- und Gewerkschafterrechten in vielen Teilen der Welt, rassistische Unterjochung, wie sie vor allem durch die Minderheitsregime des südlichen Afrika in ihren eigenen Ländern und in Namibia ausgeübt wird; die Kluft zwischen Reichen und Armen, zwischen Klassen und Nationen; die dringenden Forderungen der Dritten Welt, die Notwendigkeit eines gesicherten Friedens und echter Abrüstung. Diese Herausforderungen und die Reaktion der freien Gewerkschaftsbewegung auf sie werden in diesem Sommer Hauptthema des 10. Weltkongresses des IBFG sein. Dort werden wir unser Programm ausarbeiten und unsere Forderungen anmelden.

Wir wissen, dass diese Forderungen auf harten Widerstand bei Arbeitgebern, bei Regierungen, bei allen materiell am gegenwärtigen Zustand interessierten Kräften stossen werden. Unser Kampf wird deshalb Opfer erfordern. Um unsere Bewegung zu stärken, müssen wir die bisher nicht Organisierten heranziehen. Wenn Du Mitglied einer freien Gewerkschaft bist, so gedenke an diesem Tage derjenigen, die dieses Recht für Dich erkämpft haben; wenn Du unter Tyrannei lebst und selbst noch um dieses Recht kämpfen musst, so denke daran, dass der IBFG Dir zur Seite steht. Internationale Solidarität heisst, dass wir einander helfen müssen. Denken wir daran am 1. Mai!
